

Anlage 1

zu den Bewerbungsbedingungen (BWB) des Vergabeverfahrens

„Druck, Kuvertierung und Versand von Schreiben aus Fachverfahren“

Az.: 2024 0000 2124

– Formblatt zur Angebotsabgabe –

Bundesamt für Justiz
Referat I 8 – Zentrale Vergabestelle

über die eVergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir unterbreiten Ihnen das nachfolgende Angebot zu Ihrer Ausschreibung „Druck, Kuvertierung und Versand von Schreiben aus Fachverfahren“, an das wir uns bis zum Ablauf der vorgegebenen Bindefrist gebunden halten.

Unternehmen des Bieters/geschäftsführendes Mitglied der Bietergemeinschaft unter voller Angabe der Rechtsform laut Handelsregister oder vergleichbar:

Name: _____

Straße: _____

PLZ Ort: _____

Hiermit geben wir ein Angebot zu den im beigefügten Preisblatt angegebenen Preisen ab.

Wir erkennen mit Abgabe dieses Angebots ausdrücklich die Geltung sämtlicher vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vertragsunterlagen an, auch soweit diese nicht mit dem Angebot übersendet werden. Sie sind verbindlicher Bestandteil unseres Angebots.

Die vorgegebenen Formblätter haben wir – bis auf eventuelle räumliche Erweiterungen der vorgegebenen Felder – nicht verändert.

(Bitte jeweils Zutreffendes ankreuzen.)

Wir bieten die nachfolgend dargestellten Leistungen an und zwar bezogen auf das/die gekennzeichnete(n) Los(e):

- ☐ zu Los 1 „Verbandsklageregister“
- ☐ zu Los 2 „EU-Vollstreckungshilfe“
- ☐ zu Los 3 „EHUG Ordnungsgeldverfahren“
- ☐ zu Los 4 „Beitreibungsverfahren“

Das Angebot entspricht den Anforderungen, die sich aus der Beschreibung der ausgeschriebenen Leistungen in den Vergabeunterlagen ergeben.

Wir unterbreiten unser Angebot

- ☐ als **Einzelbieter**
- ☐ in **Bietergemeinschaft** mit folgendem/n Unternehmen:

Mitglied der Bietergemeinschaft (weiteres Mitglied/nicht geschäftsführend), unter voller Angabe der Rechtsform laut Handelsregister oder vergleichbar:

Name: _____

Straße: _____

PLZ Ort: _____

Weiteres Mitglied der Bietergemeinschaft (weiteres Mitglied/nicht geschäftsführend), unter voller Angabe der Rechtsform laut Handelsregister oder vergleichbar:

Name: _____

Straße: _____

PLZ Ort: _____

1. Angebotsbestandteile

Mit dem Angebot reiche ich folgende Unterlagen ein:

⇒ **Fett-Druck: Pflichtangaben** (vom Bieter entsprechend anzukreuzen) und

⇒ *Kursiv:* ergänzend freiwillige Angaben (*bitte ggf. ankreuzen*);

Teil 1:

- ☐ Anlage 1 - Formblatt zur Angebotsabgabe
- ☐ Anlage 2 - Erklärung zum Einsatz von Eignungsverleihern und Unterauftragnehmern
(nur im Falle der Eignungslleihe oder eines Unterauftrages)
- ☐ Anlage 3 - Ressourcenerklärung des Eignungsverleihers/des Unterauftragnehmers
(nur bei Eignungslleihe)
- ☐ Anlage 4 - Bietergemeinschaftserklärung (nur bei Bietergemeinschaften)
- ☐ Anlage 5 - Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen gemäß §§ 123 und 124 GWB
- ☐ Anlage 6 - Eignungskriterien und Eignungsnachweise inkl.
- Nachweis über Qualitätsmanagementsystem (losübergreifend)
- ☐ Anlage 7 - Referenzen
- ☐ Anlage 8 - Eigenerklärung zum Russlandbezug

Teil 2:

- ☐ Preisblatt je Los, ausgefüllt
- ☐ Kriterienkatalog je Los, beantwortet, inkl. dort geforderter selbst gefertigter Anlagen

2. Erklärungen

Wir erklären, dass

- ⇒ wir die gewerblichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllen;
- ⇒ wir dem Angebot nur die eigenen Preisermittlungen zugrunde gelegt haben und wir mit anderen Bietern Vereinbarungen weder über die Preisbildung noch über die Gewährung von Vorteilen an Mitbietern getroffen haben und auch nicht nach Abgabe des Angebots treffen werden;
- ⇒ die Preisangaben für alle zur betriebsfertigen Bereitstellung und zum Betrieb des Gesamtsystems bzw. der Gesamtlösung erforderlichen Komponenten in den Preisblättern enthalten sind;
- ⇒ wir Gelegenheit hatten, alle für das Angebot erforderlichen Informationen zu erhalten und zu überprüfen;
- ⇒ unsere Mitarbeiter auf das Datengeheimnis verpflichtet sind, wir dies auf Verlangen nachweisen werden und auf Verlangen ergänzend in die aktuell gültigen Belange des Datenschutzes beim AG eingewiesen und zu deren Einhaltung verpflichtet werden;
- ⇒ ich/wir die „Richtlinie der Bundesregierung Deutschland zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung“ vom 30. Juli 2004 zur Kenntnis genommen habe(n) und – sofern vom Arbeitgeber gefordert – Verpflichtungen nach Nummer 12.2 dieser Richtlinie zustimme(n).

Die Richtlinie kann abgerufen werden unter: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_30072004_04634140151.htm

⇒ wir bestätigen ausdrücklich, dass nur die in den Vergabeunterlagen genannten Vertragsbedingungen des Auftraggebers gelten.

Die verantwortliche Bearbeitung erfolgt durch den o.g. Bearbeiter. Über diesen erfolgt auch die weitere Projektkommunikation im Rahmen dieses Ausschreibungsverfahrens.

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebotsschreiben unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Wir erklären uns damit einverstanden, dass die von uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden.

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebotsschreiben unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Für die weitere Kommunikation erhalten Sie nachfolgende Daten:
Verantwortliche Bearbeitung durch:

Name: _____

Telefonnummer: _____

E-Mail-Adresse: _____

(Ort, Datum)

(Vor- und Nachname der erklärenden Person)

Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz)

Verpflichtungsgesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), geändert durch § 1

Nr. 4 des Gesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942)

§ 1

- (1) Auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten soll verpflichtet werden, wer, ohne Amtsträger (§ 11 Abs. 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches) zu sein,
 1. bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, beschäftigt oder für sie tätig ist,
 2. bei einem Verband oder sonstigen Zusammenschluss, einem Betrieb oder Unternehmen, die für eine Behörde oder sonstige Stelle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ausführen, beschäftigt oder für sie tätig ist oder
 3. als Sachverständiger öffentlich bestellt ist.
- (2) ¹Die Verpflichtung wird mündlich vorgenommen. ²Dabei ist auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hinzuweisen.
- (3) ¹Über die Verpflichtung wird eine Niederschrift aufgenommen, die der Verpflichtete mit unterzeichnet. ²Er erhält eine Abschrift der Niederschrift; davon kann abgesehen werden, wenn dies im Interesse der inneren oder äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland geboten ist.
- (4) Welche Stelle für die Verpflichtung zuständig ist, bestimmt
 1. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 und 2 bei Behörden oder sonstigen Stellen nach Bundesrecht die jeweils zuständige oberste Dienstaufsichtsbehörde oder, soweit eine Dienstaufsicht nicht besteht, die oberste Fachaufsichtsbehörde,
 2. in allen übrigen Fällen diejenige Behörde, die von der Landesregierung durch Rechtsverordnung bestimmt wird.

§ 2

- (1) Wer, ohne Amtsträger zu sein, auf Grund des § 1 der Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Mai 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 351) förmlich verpflichtet worden ist, steht einem nach § 1 Verpflichteten gleich.
- (2) Wer, ohne Amtsträger zu sein,
 1. als Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes nach einer tarifrechtlichen Regelung oder
 2. auf Grund eines Gesetzes oder aus einem sonstigen Rechtsgrund

zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet worden ist, steht einem nach § 1 Verpflichteten gleich, wenn die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 erfüllt sind.

§ 3

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bun-desgesetzblatt I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.